

Das will die Kommunale Initiative (KI*)



1. Verkehrswende – Umstieg auf den ÖPNV – Klimaziele einhalten

Einführung 1-Euro-Ticket als Übergang zum gebührenfreien öffentlichen Nahverkehr (Nulltarif). Einführung Semesterticket. Vorrang für Fußgänger und Radfahrer - für eine autofreie Innenstadt. Wir brauchen eine eng getaktete Stadtbusanbindung aller Stadtteile auch Nachts- und an Wochenenden. Umland und Region besser an die Stadt anbinden. Bauchgaubahn reaktivieren und S-Bahnanschluss Frankfurt einführen! Die 30.000 PKW-Pendler aus den angrenzenden Landkreisen in die Stadt brauchen für den Umstieg auf Bus und Bahn einen funktionierenden ÖPNV. Regionaler Verkehrsverbund stärken. Gleichzeitig Einschränkung des unbeschränkten Parkens auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Parken in Wohngebieten nur noch für

Anwohner und Kurzzeitparker. Schienenanbindung Schulzentrum Leider und Gewerbegebiet Nilkheim II aktivieren. 6000 Beschäftigte im Gewerbegebiet Nilkheim II und 8000 Schüler*innen im Schulzentrum Leider — eine Schienenanbindung ist jederzeit möglich. Die Realität: Überfüllte Schüler- Busse nach Leider, kein Stadtbus ins Gewerbegebiet Nilkheim II.

2. Gesundheit und Umwelt

Kein Gift in Landschaft, Luft und Boden. Umbau der Landwirtschaft auch kommunal unterstützen. Baumschutzverordnung einführen. Großflächig Bäume nachpflanzen. Biologische Landwirtschaft auf städtischen Flächen. Aschaffenburg als glyphosatfreie Zone.

3. Mietenwahnsinn stoppen – Sozialwohnungsbau verpflichten

Bauland in städtischer Hand. Wohnleerstand bekämpfen – Fehlbelegungsabgabe einführen. Kein Missbrauch von Wohneigentum. Mietpreise begrenzen. Grundsteuer darf nicht auf die Mieter umgelegt werden. Bezahlbaren Wohnraum schaffen! 50% geförderten Wohnungsbau über Baugenehmigungen in Geschosswohnungsbau und in Bebauungsplänen festlegen. Grundstücks- und Wohnungsspekulation bekämpfen. Kein Missbrauch von Eigentum an Wohnungen und Grundstücken. Bauplätze der Allgemeinheit zuführen. Verfassung einhalten (Art. 14/15 GG). Spekulationsgewinne abschöpfen (bayer. Verfassung Art. 161). Kommunaler Wohnungsbau stärken.

4. Armut bekämpfen – Arbeitsrechte schützen – Privatisierung verhindern

Sozialpass und Kulturpass ausweiten. ... Den freien Sonntag schützen. Keine verkaufsoffenen Sonntage und „Shopping-Nights“ auf dem Rücken der 3000 Beschäftigten des Einzelhandels. Öffentliche Aufträge nur an Betriebe mit Betriebsrat (ausgenommen Kleinbetrieb) und Tarifbindung. Keine Billigtarife einführen. Busfahrer wieder ordentlich bezahlen und in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes zurückführen. Grundversorgung ist Menschenrecht. Für Strom, Gas und Wasser muss eine Mindestversorgung kostenfrei sein! Keine Privatisierung des öffentlichen Nahverkehrs durch Übertragung von Nacht- und Sonntagsfahrten an Taxiunternehmen. Das Anruf-Sammel-Taxi ist kein Bussersatz sondern Zusatzangebot!

5. Die Bildung ist frei

Vollständige Gebührenübernahme für Kitas, Kindergärten und Krippen! Kommunale Kindergärten und Krippen in jedem Stadtteil. Sprachkurse für Geflüchtete gebührenfrei.

6. Kultur für Alle - kulturelles Erbe bewahren.

Freier Eintritt in Museen. Gleichberechtigte Förderung aller Kulturschaffenden. Faire Bedingungen für Kulturschaffende der Stadt. Mehr freie

Künstlerbühnen in AB. Das Theaterticket gilt gleichzeitig für den ÖPNV. Kulturelles Leben fördern – in Straßen und Plätzen – am Tag und in der Nacht! Laut und Leise für Jeden und Jede. Solidarisch und frei. Jugend- und Kulturzentren in jedem Stadtteil. Konsequenter Denkmalschutz einhalten – kulturelles Erbe bewahren. Keine kulturlose Salamitaktik mit Abriss stadtbildprägender Gebäude. Sensibler Umgang mit unserem kulturellen Erbe. Das Mainufer unterhalb des Schlosses von der Autoblechlawine befreien.

8. Aschaffenburg ist bunt und geschichtsbewusst

Wir kämpfen gegen völkisches Denken und Nationalismus, gegen Antisemitismus und Fremdenhass. Für Toleranz, Frieden und Gewaltfreiheit. Wir unterstützen die Seebrücke zur Rettung von Flüchtlingen. Keine Kriminalisierung von Seenotrettung!

7. Direkte Demokratie stärken – Stadtteile aufwerten – Transparenz

Demokratie heißt Herrschaft und Mitbestimmung des Volkes – hier aller Bürger*innen an der Kommunalpolitik. Im Moment sind die Stadtteile ohne eigene Mitbestimmungsgremien an der Kommunalpolitik. Wir brauchen Stadtteil- und Ortsbeiräte sowie regelmäßige Stadtteilversammlungen mit Mitbestimmungsrechten der Bürger*innen. Mehr Öffentlichkeit der politischen Auseinandersetzung herstellen! Live-Übertragung der

Stadtratssitzungen im Netz. Veröffentlichung der Beschlüsse des Stadtrates in der Presse. Bürgerbeteiligung bei allen wichtigen Angelegenheiten. Mindestens vier Bürgerversammlung pro Jahr, rotierend in jedem Stadtteil. Davon grundsätzlich eine in der Innenstadt!



9. Grenzen überwinden - Zusammenarbeit stärken

Die KI setzt sich nachdrücklich für die Verwirklichung einer lebendigen, dynamischen Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main ein. Die bayerisch-hessische Landesgrenze darf kein Hindernis für eine einheitliche, zukunftsichernde Gestaltung der Region um Aschaffenburg (Untermain) in gesellschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht sein.

Umlandgemeinden mit Stadt vereinen.

Die an das Gebiet der Stadt Aschaffenburg angrenzenden Gemeinden sind faktisch, jedoch noch nicht politisch schon jetzt Teil der Stadt. Dieser Anachronismus behindert eine sinnvolle Raumplanungs- und Strukturpolitik aus einem Guss. Die Bildung der Großstadt Aschaffenburg schafft die Voraussetzungen für ein ausgewogenes, gleichberechtigtes Zusammenwachsen des hessischen und des bayerischen Gebietes der Metropol-Region. Zugleich sichert die Vereinigung dieser Gemeinden mit der

Stadt zu einer Großstadt den Bürgern demokratische Mitwirkungsrechte- und Möglichkeiten in allen Bereichen der Stadtpolitik bis hin zu einer optimalen Mobilität durch großstädtisches öffentliches Bus- und Schienenangebot.

10. Finanzkraft stärken – Gewinnabführung Sparkasse

Gewerbesteuer erhöhen. Gewinnabführung aller städtischer Unternehmen für gemeinnützige Zwecke. Der neue Stadtrat und OB muss sich für die Gewinnabführung der Sparkasse an die Träger d.h. die Stadt und den Landkreis, für gemeinnützige Zwecke einsetzen! Keine 200 Millionen angehäufte Gewinne durch unsere Bürgerbank Sparkasse bunkern, sondern das Geld u.a. für das Klinikum und die Kinderklinik einsetzen.

Wem gehört die Stadt?

Nicht Investoren- und Profitinteresse hat Vorrang in der Kommune sondern das öffentliche Interesse aller Bürgerinnen und Bürger. „people over profit“ – Ausrichtung an den objektiven Bedürfnissen der Mehrheit der Menschen in der Stadt. Nicht der Markt soll's richten sondern das soziale Interesse! Für eine lebensgerechte Stadt, sozial, ökologisch und solidarisch.

*Unbequem aus Verantwortung!

www.kommunale-initiative.de
parteiunabhängig, basisdemokratisch,
ökologisch und sozial!

V.i.S.d.P.: Johannes Büttner, Bergstr.6, 63743 Aschaffenburg